

FPÖ im Visier: Innenministerium unter Verdacht - Was steckt dahinter?

Die FPÖ plant, im Innenministerium Unregelmäßigkeiten zu untersuchen und priorisiert politische Interessen über Corona-Aufarbeitung.

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) plant eine umfassende Untersuchung des Innenministeriums. Dies geht aus einer Mitteilung des FPÖ-Nationalratsklubs hervor, der am 4. April 2025 an die Öffentlichkeit trat. Die Parteienführung erkennt im Innenministerium zahlreiche Unregelmäßigkeiten und spricht von einem „tiefen schwarzen Staat“, der einer Beleuchtung bedarf. Diese Ankündigung kommt in einem kritischen Moment, in dem der interne Entscheidungsprozess über die Untersuchungsgegenstände fast abgeschlossen ist. Es sind auch Spekulationen im Umlauf, dass sich der Untersuchungsausschuss mit der Causa des verstorbenen Justiz-Sektionschefs Christian Pilnacek befassen könnte.

Zusätzlich äußert die FPÖ Interesse an der Überprüfung der Coronamaßnahmen der ehemaligen Bundesregierung. Dieses Thema geriet jedoch unter Druck, da die FPÖ kurzfristig entschied, auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen zu verzichten. Die MFG Österreich bezeichnet diesen Schritt als einen Schlag ins Gesicht der Bürger, die sich mehr Aufklärung und Transparenz gewünscht hätten. LAbg. Manuel Krautgartner (MFG-OÖ) kritisiert, dass die FPÖ als einstige Aufdeckerpartei nun ihre Wahlkampfversprechen bricht.

Kritik an der FPÖ

Die Entscheidung der FPÖ, keinen Untersuchungsausschuss einzuberufen, wurde von mehreren politischen Akteuren scharf kritisiert. LAbg. Joachim Aigner (MFG-Österreich) hebt hervor, dass ein U-Ausschuss über umfassende Befugnisse verfügt, während eine Kommission nicht die gleichen Mittel hat, um die nötige Transparenz zu gewährleisten. Dagmar Häusler, ebenfalls von der MFG, wirft der FPÖ vor, aus Angst vor Regierungsverhandlungen einen Rückzieher zu machen und nicht dem Wählerwillen gerecht zu werden.

Die MFG sieht sich in der Verantwortung, die breiten Fragen rund um die Corona-Maßnahmen aufzuarbeiten und fordert eine Pressekonferenz am 5. Februar 2025 an, um über die aus ihrer Sicht gebrochenen Versprechen der FPÖ zu sprechen. Diese Themen haben auch Auswirkungen auf andere politische Bereiche, wie die CO₂-Steuer, bei der die FPÖ ursprünglich deren Abschaffung versprach, nun aber lediglich den Klimabonus streicht. Zudem bleibt unklar, wie die FPÖ zu aktuellen Themen wie dem Sky Shield steht, was die Unsicherheit in ihren Positionen weiter verstärkt.

Insgesamt zeigt sich, dass die FPÖ in einer kritischen Phase steht. Ihre Entscheidungen, insbesondere hinsichtlich der Untersuchung von Corona-Maßnahmen, werden genau beobachtet und sind gegenwärtig stark umstritten. Die Entwicklung könnte weitreichende Folgen für die öffentliche Wahrnehmung der Partei und deren zukünftige politische Agenda haben.

Für weitere Informationen siehe [Vienna.at](#), [OTS.at](#) und [Krone.at](#).

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at